



Antrag

der Fraktion der SPD

HSH Spitzelskandal aufklären – Schaden vom Land Schleswig-Holstein abwenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass der Aufsichtsrat der HSH Nordbank unabhängig von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft die öffentlich erhobenen Vorwürfe einer angeblichen Bespitzelung von Vorstandsmitgliedern der Bank vollständig aufklärt, um weiteren Schaden von der HSH Nordbank und vom Land Schleswig-Holstein als Anteilseigner abzuwenden. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, ist dafür Sorge zu tragen, dass die erforderlichen personellen und organisatorischen Konsequenzen gezogen werden, um eine Wiederholung derartiger Vorgänge zu verhindern.

Begründung:

Das Land Schleswig-Holstein als Anteilseigner hat Milliarden Euro für die Stützung und Restrukturierung der Bank aufgewendet. Es hat erhebliches Interesse daran, dass die HSH Nordbank sich in die Zukunft orientiert, effizient arbeitet und mit dem Eigentum des Landes verantwortlich wirtschaftet. Dazu gehört auch die Etablierung einer zielorientierten Arbeitsstruktur innerhalb der Bank.

Die Landesregierung hat 2009 entschieden, dass das Land Schleswig-Holstein als Anteilseigner keine Ministerinnen und Minister mehr in den Aufsichtsrat entsendet. Es ist offensichtlich, dass diese Fehlentscheidung die Einflussmöglichkeiten des Landes auf die Unternehmenskultur der Bank beschränkt. Der Ministerpräsident muss als Konsequenz aus diesem Versäumnis andere geeignete Möglichkeiten ergreifen, um die Aufklärung der Vorwürfe rund um die angebliche Bespitzelung von Vorstandsmitgliedern voranzutreiben.

Jürgen Weber
und Fraktion